

Stand: 19.05.2024 14:13:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17331

"Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof - Nutzung zur Ausbildung von Nachwuchskräften durch die Landeshauptstadt München"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/17331 vom 19.06.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 20.06.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17565 vom 02.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 130 vom 02.07.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Christa Stewens, Alexander König, Ingrid Heckner, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen W. Heike, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Walter Nadler, Eduard Nöth, Heinrich Rudrof, Martin Schöffel** und **Fraktion (CSU),**

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Karsten Klein und **Fraktion (FDP)**

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof – Nutzung zur Ausbildung von Nachwuchskräften durch die Landeshauptstadt München

Der Landtag wolle beschließen:

Der Freistaat Bayern hat 1975 für die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten der Allgemeinen Inneren Verwaltung von Staat und Kommunen ein in der täglichen Praxis äußerst bewährtes Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, in Hof eingeführt.

Deshalb bedauert der Landtag die in der örtlichen und überörtlichen Tagespresse wiedergegebene Ankündigung der Landeshauptstadt München, dass Bewerberinnen und Bewerber eine eigene Ausbildung im Rahmen eines dualen Studiums in München angeboten werden soll. Ein solches Vorhaben konterkariert strukturpolitische Leitentscheidungen und schwächt den ländlichen Raum.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, bei der Stadt München darauf hinzuwirken, dass diese sich auch künftig zu einer Ausbildung ihrer Nachwuchskräfte an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, in Hof bekennt.

Begründung:

Die Landeshauptstadt München hat angekündigt, zur Deckung ihres Personalbedarfs künftig einen Studiengang „Bachelor of Law“ in München anzubieten. Begründet wird dies insbesondere damit, dass viele Bewerberinnen und Bewerber in München bleiben und nicht drei Jahre in Hof verbringen wollen.

Das Studium und die Qualität der Ausbildung in Hof genießen seit drei Jahrzehnten hohes Ansehen und sind das Rückgrat der staatlichen und kommunalen Verwaltung in Bayern. Am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung erhalten die künftigen Beamtinnen und Beamten das Rüstzeug für ihre spätere Berufspraxis. Das Studium in Hof dauert dabei insgesamt nur 21 Monate; den Rest der dreijährigen Ausbildung, also 15 Monate, verbringen die Anwärterinnen und Anwärter an ihren Dienststellen.

Der Erfolg des Studiums in Hof beruht nicht nur auf der langjährigen Erfahrung, sondern auch auf dem gekoppelten Einsatz von haupt- und nebenamtlichen Dozenten von Staat und Kommunen. Alle Dienstherren haben es in der Hand, die Ausbildung zu unterstützen und ihrem fachlich qualifizierten Personal die Unterrichtstätigkeiten zu ermöglichen und so frische Impulse und Erfahrungen aus der aktuellen Praxis mit einzubringen. Die Landeshauptstadt ist seit Jahrzehnten in den beiden wichtigsten Lenkungsorganen des Fachbereichs mit erheblichem Einfluss vertreten. Wünschen und Anregungen der Landeshauptstadt zum Studium und zu den Prüfungen wurde dabei in der Vergangenheit weitgehend nachgekommen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Alexander König

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Thomas Hacker

Abg. Ulrike Gote

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Christa Stewens, Alexander König, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP)

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof - Nutzung

zur Ausbildung von Nachwuchskräften durch die Landeshauptstadt München

(Drs. 16/17331)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,

Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europäischer Verwaltungscampus Hof (Drs. 16/17351)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die CSU-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt.

(Inge Aures (SPD): Ach nee!)

Sollte die Debatte über 18.30 Uhr hinausgehen, werden wir die namentliche Abstimmung nicht mehr durchführen können, sie wird dann auf die nächste Sitzung verschoben. - Erster Redner ist Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 1975 hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen, die Beamtenfachhochschule, wie sie im Volksmund genannt wird, in Hof anzusiedeln. Im Jahr 1983, genau vor 30 Jahren, wurde der Lehrbetrieb in Hof aufgenommen. Die Hochschule leistet – das hört man von allen Seiten – hervorragende Arbeit. Es kommen höchst qualifizierte Absolventen von dieser Beamtenfachhochschule. Früher waren es unsere Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes, heute sind es die der dritten Qualifikationsebene.

Umso mehr ist verwunderlich und bedauerlich, dass die Stadt München, die in der Vergangenheit einen wesentlichen Anteil der Studierenden in Hof gestellt hat, dazu

übergeht, eine eigene, vermeintlich vergleichbare Ausbildung im Großraum München anzubieten. Dieser Schritt wird damit begründet, dass der Standort nicht attraktiv und es schwierig sei, Studierende zu finden. In der "Frankenpost" von heute kann man nachlesen, dass sich Studierende, die zurzeit an der Beamtenfachhochschule in Hof studieren, sehr über diese Aussage echauffiert und dagegen gewendet haben.

Die Stadt München hat bereits einen eigenen Studiengang ins Leben gerufen, eine Bachelor-Ausbildung für Public Management. 20 Studierende sind bereits in diesem Ausbildungszweig und fehlen an der Beamtenfachhochschule. Darüber hinaus haben wir von Plänen der Stadt München gelesen, einen weiteren Bachelor-Studiengang - Bachelor of Law soll das heißen - einzurichten. Damit würden noch weniger Studierende an die Beamtenfachhochschule geschickt, sondern mehr im Großraum München ausgebildet. Diese Entwicklung ist – ich sage das mit vollem Ernst – für die Beamtenfachhochschule in Hof, die seinerzeit von der CSU-Staatsregierung auch aus strukturellen Gründen in Hof angesiedelt wurde, eine existenzielle Frage.

Wenn Sie sich die Zahl der Studierenden einmal anschauen, dann sehen Sie, dass der Höchststand mit 751 Studierenden im Jahr 1992 war. In den letzten Jahren bewegten sich die Studierendenzahlen zwischen 240 und 318. 318 Studierende waren es im letzten Jahr. Davon waren allein 52 Bedienstete der Landeshauptstadt München. Im Jahr 2005 zum Beispiel kamen sogar 125 Studierende von der Stadt München. Der Prozentsatz bewegte sich jeweils zwischen einem Viertel und der Hälfte der Studierenden eines Jahrgangs aus dem kommunalen Bereich.

Der Ehrlichkeit halber muss man dazu aber auch sagen, dass wir sehr schwache Jahrgänge hatten, was die Zahl der staatlichen Studierenden angeht. Das ist in den letzten Jahren wieder aufgewachsen, weil wieder mehr eingestellt wurden. Im Gegenzug besteht die Tendenz, dass die Stadt München immer weniger Studierende an dieser sehr guten Hochschule in Hof ausbilden lässt. Deshalb appelliere ich an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, diesem Antrag zuzustimmen. Der Antrag ist ebenfalls ein Appell an die Stadt München und an die Kommunen, diese hervorragende Ausbildung,

die der Freistaat Bayern anbietet, in Zukunft anzunehmen und dafür einzutreten, dass die Absolventen mit dieser hervorragenden Ausbildung in der dritten Qualifizierungsebene eingestellt werden. Diese Studiengänge sollten nicht durch vermeintlich andere Studiengänge ersetzt werden.

Mit diesen anderen Studiengängen – das sei an dieser Stelle noch hinzugefügt – wird das einheitliche Auswahlverfahren umgangen, das ansonsten im öffentlichen Dienst durchgeführt wird. Bei diesem Bachelor-Studium findet das Auswahlverfahren nach Platzziffern nicht statt. Dort kann nach anderen Kriterien wahllos eingestellt werden.

Das ist mein Appell an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses. Ich bitte um Unterstützung. Es geht um ganz konkrete Strukturpolitik, über die heute schon gesprochen worden ist. Es wird interessant sein, wie im Einzelnen dazu abgestimmt wird. Sie werden mir nachsehen, dass ich noch darauf hinweisen möchte – namentlich meine ich die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion –, dass Ihr Spitzenkandidat für die Landtagswahl, der Münchner Oberbürgermeister Ude, nicht nur mit mangelnden Geografiekenntnissen glänzt. Das ist nicht so schlimm, weil das viele Menschen noch lustig finden. Sehr bedenklich sind die abwertenden Äußerungen von ihm über ganze Regionen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Alexander König (CSU): Nein, im Moment nicht. - Kein Mensch glaubt, dass Herr Ude nicht weiß, wo das Erzgebirge ist. Lieber Kollege Martin Schöffel, in einem Interview im "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt", das in klassischer Weise sogar zur Korrektur gelesen wird, bevor es gedruckt wird, wurde Wunsiedel, wo Herr Lerchenberg als Intendant der Festspiele in hervorragender Weise tätig ist, im Erzgebirge angesiedelt. Einige Damen und Herren mögen das vielleicht nicht verstehen, aber die Bürgerinnen und Bürger in der Region, in Hochfranken, in Wunsiedel und in Hof empfinden diese Äußerungen als beleidigend, arrogant und überheblich.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

In Ihrem ureigensten Interesse sollten Sie dazu beitragen, dass Ihr Herr Ude nicht nur weiß, dass Aschaffenburg in Unterfranken liegt und Bamberg weniger als 100.000 Einwohner hat, sondern es ebenfalls unterlässt, ganze Teile unseres Landes und die Menschen, die dort wohnen, in übelster Weise zu beleidigen.

(Beifall bei der CSU)

Darum bitte ich ganz herzlich.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Es gibt noch eine Zwischenbemerkung, und zwar von Kollegin Isabell Zacharias von der SPD-Fraktion. Zu dieser erteile ich ihr nun das Wort.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege König, in Ihrem Antrag geht es nicht um die geografischen Feinjustierungskenntnisse unseres zukünftigen Ministerpräsidenten.

(Lachen bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, am 15. September können wir gemeinsam weiterlachen. Jetzt einmal zur Sache, Herr Kollege: Sie haben relativ wenig zum Inhalt beigetragen, sondern ein ganz billiges Wahlkampfgetöse zu einem Thema abgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe schon eine Nachfrage: Ich habe von der Landeshauptstadt München zwei Flyer in der Hand, einmal mit Bewerbungsschluss 30. Juni 2013 und einmal mit Bewerbungsschluss 28. Februar 2014. Das sind Flyer mit expliziter Werbung: Liebe Leute in München, in Oberbayern, studiert in Hof. Wie bewerten Sie diese zwei Flyer in Bezug auf das, was Sie eben über uns haben verklappen wollen?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr König zur Erwiderung, bitte.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD) - Unruhe)

Alexander König (CSU): Wollen Sie die Antwort hören oder nicht? Ich frage nur, weil Sie so rumschreien. Ich habe schon noch ein bisschen Zeit. Die Antwort ist ganz einfach: Selbstverständlich begrüße ich das, Frau Kollegin. Das ist sehr lobenswert. Tatsache ist aber, dass die Stadt München in den letzten Jahren nicht nur deutlich weniger Studierende nach Hof geschickt hat, weil weniger Studierende dort hingehen wollen, sondern weil man auch offensiv einen neuen Studiengang angelegt hat, um die Studierenden davon abzubringen, nach Hof zu gehen. Man ist dabei, einen zweiten Studiengang zu installieren, um weitere Menschen davon abzubringen, nach Hof zu gehen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Das sind die Initiativen der Stadt München. Ich kann nur noch einmal an Sie alle appellieren, über Parteigrenzen hinweg nicht immer nur von Strukturpolitik zu reden, sondern auch entsprechend zu handeln, damit diese hervorragenden staatlichen Ausbildungsangebote, die übrigens Geld kosten, in Hof wahrgenommen werden. Sie sollten ebenfalls dafür Sorge tragen, dass sie in Zukunft vollumfänglich wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und Fraktion der GRÜNEN "Windenergie in Bayern voranbringen – Den Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern suchen!" auf Drucksache 16/17329 bekannt. Es gab 41 Ja-Stimmen, 71 Nein-Stimmen und 15 Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir fahren in der Debatte fort. Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Thomas Hacker.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren ein Thema, das aufgrund der Entscheidungen der Landeshauptstadt München auf die Tagesordnung gekommen ist. Angehende Beamte sollen nicht mehr nach Hof zur Ausbildung geschickt werden. Den Beschluss der Stadt München mag man durchaus verstehen. Im Bildungssystem muss es einen Wettbewerb geben. All das kann man nachvollziehen. Die Region Hof wird nicht dadurch besser oder schlechter, dass man 20 Beamtenanwärter nicht dort hinschickt. Was die Menschen verletzt, sind Aussagen, die in der Öffentlichkeit geäußert wurden. Das ist in der "Süddeutschen Zeitung" nachzulesen. Ich zitiere: "Die Anwärter müssen zur Beamtenfachhochschule nach Hof, 300 Kilometer nördlich von München, nahe der tschechischen Grenze." Das erklärt ein Herr Böhle.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Eine Strecke von 300 km nach Norden an die Grenze zur Tschechischen Republik kann man offensichtlich niemandem in München zumuten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle, die zu diesem Thema sprechen werden, kommen aus Oberfranken. Das ist genau der gleiche Weg, den wir zurücklegen, um mit Ihnen die bayerische Landespolitik zu gestalten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja, und München liegt an der österreichischen Grenze!)

- Liebe Frau Gote, ich kann dir versichern, der Weg dort rauf ist genauso weit. Wir sind einer Meinung – wie so oft. Deswegen gibt es ganz bewusste Entscheidungen dieser Staatsregierung. Das haben wir doch im Rahmen des LEP und der Verfassungsänderungen heute Morgen bereits diskutiert.

Eigentlich hatte ich vermutet, dass wir über alle Fraktionen hinweg darin übereinstimmen, dass eine gleichwertige Lebenssituation und gleichwertige Chancen für eine

gute Bildung sowie für eine gute Entwicklung in allen Landesteilen gewährleistet werden sollten. Aus diesem Grund verwundert es uns nicht, dass die SPD in Hof und in Oberfranken genauso entsetzt reagiert. Ich darf die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Petra Ernstberger zitieren:

Das ist die typische Münchner Überheblichkeit. Die sind da immer ein klein wenig abgehoben. Bevor die sich in und von Hof ein Bild machen, hauen sie lieber so ein Ding raus. Die Ausbildung in Hof ist seit jeher hervorragend. Die Anwärter finden die bestmöglichen Bedingungen vor. Sie lernen in Oberfranken fürs Leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Weg der Solidarität zwischen den Regionen, den wir gehen sollten. Wir sollten niemanden ausgrenzen, sondern investieren. Was haben wir in den letzten Jahren für Oberfranken gemacht? Für die Technologie Allianz Oberfranken werden 62,5 Millionen Euro zusätzlich investiert. Verschiedenste Institute, zum Beispiel die Fraunhofer-Einrichtungen, stärken die Region im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Das ist *der* Beitrag für die Zukunftsfähigkeit dieser Region, für die Zukunftsfähigkeit Oberfrankens. Wenn 20 Menschen – mehr oder weniger – aus München den Weg dorthin finden, lernen sie vielleicht während drei Jahren ein anderes Leben kennen. Vielleicht lernen sie die Vorzüge des Lebens dort kennen. Das mag ein Schritt in die richtige Richtung sein.

(Alexander König (CSU): 21 Monate!)

Ich darf bei dieser Diskussion auch daran erinnern, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viele junge Polizisten, wie viele junge Lehrer in die Landeshauptstadt München zwangsversetzt werden, um hier Unterricht zu ermöglichen, um den Polizeidienst hier überhaupt zu ermöglichen, Menschen, die viel lieber zu Hause in ihrer Heimat geblieben wären,

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Menschen, die uns beim Angehen der demografischen Entwicklung fehlen. Alles das wird zur Unterstützung der Landeshauptstadt München erwartet. 20 Anwärtern für 21 Monate – danke, lieber Alexander König – Hof zu zeigen, die Grenze zu Tschechien zu zeigen, vielleicht auch die Nähe zu den neuen Bundesländern zu zeigen, das kann sich, wie ich meine, die Landeshauptstadt leisten, und das können sich auch die angehenden Beamten in der Landeshauptstadt München leisten. Ich denke, Ihr Antrag ist das falsche Signal zur falschen Zeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, ein kurzer technischer Hinweis und ein Blick von mir besonders in die erste Reihe.

Auf den Uhren stehen circa 40 Minuten Redezeit. In 20 Minuten können wir keine Abstimmung mehr durchführen. Zwar gehe ich davon aus, dass die Redezeiten nicht ganz ausgeschöpft werden, dennoch werden wir wohl 18.30 Uhr überschreiten. Ich bitte, in der ersten Reihe schon einmal zu grübeln, was in diesem Fall geschehen soll, ob wir die Abstimmung in der nächsten Plenarsitzung durchführen oder den Antrag in den Ausschuss verweisen sollen. Darüber nachzudenken, haben wir jetzt noch 20 Minuten Zeit.

(Inge Aures (SPD): Wieso sollen wir jetzt an der Redezeit sparen? Was soll das? Das sollten Sie Ihren eigenen Leuten sagen!)

– Mir liegen vier Wortmeldungen vor, und ich habe Sie nur auf die fortgeschrittene Zeit hingewiesen. Was soll ich machen?

(Brigitte Meyer (FDP): Weitermachen!)

Wir sind hier nur für die Abwicklung und für die Regeln zuständig.

Frau Gote, Sie haben für die GRÜNEN das Wort, und Ihnen stehen acht Minuten Redezeit zur Verfügung.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es dauert halt so lange, wie es dauert.

(Zurufe von der CSU: Ja, ja!)

Wir haben ja schon gehört, dass die Fahrt nach Hof angeblich so lange dauert. Heute Abend ist sie wahrscheinlich wirklich lang, weil wir auch noch Schienenersatzverkehr haben und wahrscheinlich erst um 11.00 Uhr heimkommen. Das ist auch nicht Spaßig.

Im Grunde stimme ich in weiten Teilen meinem Vorredner zu, was ja selten genug der Fall ist, zumindest hier in diesem Hohen Hause. Sicherlich ist es für jede Münchnerin und für jeden Münchner eine große Bereicherung, nach Hof zu kommen, nach Oberfranken zu kommen, und es ist sicherlich auch eine Bereicherung und ein hoher Bildungsgewinn und ein Gewinn an Sozialkompetenz wie auch ein kultureller Gewinn, wenn man einmal eine Zeit lang dort lebt. Im Übrigen: Wir leben dort gar nicht so viel anders als Sie hier in München. Auch das kann man dabei entdecken. Bei uns sind die Häuser auch aus Stein gebaut, in der Regel regnet es nicht hinein, es gibt Straßen, auf denen man fahren kann, auch wenn wir GRÜNE immer weniger davon wollen. Bei uns ist also alles wunderbar.

Dennoch will ich mich an diesem Sandburgenkrieg des Kollegen König nicht weiter beteiligen. Zu fragen ist doch, warum München meint, dies tun zu müssen.

(Alexander König (CSU): Das stand heute in den Medien, Frau Kollegin!)

Ich glaube, ehrlich gesagt, dass es noch andere Gründe dafür geben muss. Vielleicht reichen die Studienplätze in Hof nicht aus. Das weiß ich nicht. Das würde mich aber wundern.

(Alexander König (CSU): Es waren schon einmal 715!)

Es würde mich deshalb wundern, weil mir bei allen Reformvorschlägen, die wir für die Ausbildung an der Verwaltungsfachhochschule und für die Beamten in Bayern schon gemacht haben, immer entgegengehalten wurde, diese Form der Ausbildung an einer eigenen Hochschule, die dem Finanzministerium unterstellt und nicht in die normale Hochschullandschaft eingegliedert ist, sei deshalb sinnvoll, weil man immer genau die richtigen und genauso viele Leute ausbilde, wie man brauche.

(Jürgen W. Heike (CSU): Genau richtig!)

Wenn das so stimmt, dann wäre nachzufragen: Was läuft da schief? Warum braucht München auf einmal noch andere Ausbildungskapazitäten? Diesbezüglich würde ich gern um Aufklärung bitten.

Allerdings möchte ich die Debatte gern auf eine ganz andere Ebene bringen. Ich habe die Gelegenheit, die Sie mir heute geboten haben, genutzt, um an meine Anträge von 2004 und von 2010 zu erinnern, und ich erinnere auch an die schöne Debatte, die der Kollege König im Jahr 2008 – in den Medien zumindest –, ebenfalls zu diesem Thema, nämlich zu der Frage geführt hat, ob wir nicht doch eine Reform der Ausbildung der Verwaltungsbeamten und -beamtinnen und der Verwaltungsangestellten, so wie sie bei uns läuft, brauchen. Unseren Vorschlag von damals möchte ich auch heute wieder machen. Ich denke, dass die Ausbildung, so wie sie abläuft, nicht mehr zeitgemäß ist. Ich halte es nicht für zeitgemäß, dass das Finanzministerium eine Hochschule unterhält. Für mich wäre es zielführender, wenn die Hochschule für Angewandte Wissenschaft in Hof mit der Beamten-FH zusammenginge und wenn man sich überlegte: Wie sieht auch unter modernen wissenschaftlichen Kriterien heute eine Ausbildung aus, die wir für den öffentlichen Dienst brauchen?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Das ist für mich der Weg, den wir gehen sollten. Ich halte es auch nicht besonders effizient, die Hochschule auf so viele Standorte zu verteilen. Auch das sollte man prüfen. Wir haben einmal eine offene Debatte im Hochschulausschuss dazu gehabt. Seiner-

zeit hat auch Herr Kollege Goppel ausgeführt, dass man schon den Eindruck haben könne, dass das Finanzministerium an die eigene Hochschule doch andere Effizienzkriterien anlegt als an alle anderen Hochschulen. Auch das kann ja wohl nicht zielführend sein. Es muss gleiches Recht für alle gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich denke, wir würden viel effizienter arbeiten, würden wir uns hier auf eine Reform verständigen. Das können wir alle gemeinsam nach der nächsten Wahl tun. Dann reiche ich den Antrag eben ein viertes Mal ein. Für heute möchte ich Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen.

Er ist übrigens fast schon einmal beschlossen worden. Im Jahr 2005 ist er durch alle Ausschüsse gegangen. Ganz zum Schluss hat ihn nur noch der Haushaltsausschuss gebremst. Damals waren nämlich die Kollegen im Hochschulausschuss auch schon so weit, zumindest – das ist das Petitum – eine Kosten-Nutzen-Analyse durchführen und prüfen zu lassen, ob dieser Weg der Zusammenlegung sinnvoll sein kann. Die Grenze nach Tschechien können wir gleich mit überwinden. Unser Vorschlag beinhaltet nämlich, die Hochschule zu einem europäischen Verwaltungscampus auszubauen. Das wäre eine hervorragende Entwicklungsperspektive für die ganze Region

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

und für unsere Ausbildung in ganz Bayern. Würden wir so etwas grenzüberschreitend machen, könnten wir vorbildhaft für ganz Deutschland sein. Ich finde, das ist der Weg, den wir gehen müssen. Das sollten wir prüfen. Ich bitte Sie, heute diese Gelegenheit zu nutzen und unserem Antrag zuzustimmen.

Ich kann leider dem Antrag von CSU und FDP nicht zustimmen, nicht etwa deswegen, weil vielleicht München angegriffen wird, sondern weil darin steht, es solle alles so bleiben, wie es ist, es sei hervorragend, so wie es ist. Ich sehe das schon seit mindestens zehn Jahren nicht so und finde nicht, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Des-

halb kommt von mir keine Zustimmung für den CSU/FDP-Antrag. Ich bitte Sie nochmals um Zustimmung für diese nach vorn gerichtete Initiative.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Dr. Christoph Rabenstein. Bitte sehr.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist hier üblich, dass jeder für seine Region spricht und sich für sie ausspricht. Das mache ich natürlich auch gern. Ich sage: Ich fahre sehr gerne nach München, aber noch lieber zurück nach Oberfranken.

(Karl Freller (CSU): Wenn das der Ude hört!)

– Das kann er gerne hören. Das sage ich ihm auch. Ich habe ihn auch schon dreimal nach Bayreuth eingeladen, und er war jedes Mal begeistert von Bayreuth. Das muss ich auch dazusagen.

(Alexander König (CSU): Dann lade ihn doch auch einmal ins Fichtelgebirge ein!

Dann weiß er auch, wo das liegt!)

Zunächst möchte ich der Fachhochschule Hof und der Beamtenfachhochschule in Hof ein Lob aussprechen. Das sind wirklich tolle Einrichtungen, in denen hoch qualifizierte Arbeit geleistet wird. Sie haben auch einen guten Ruf. Das hat auch Uli Maly, der die Beamtenfachhochschule vor kurzer Zeit besucht hat, ausdrücklich hervorgehoben. Dieser Ruf sollte nicht durch eine unqualifizierte Diskussion beschädigt werden, Herr König.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Alexander König (CSU): Das sind unqualifizierte Äußerungen, Herr Kollege!)

Das sage ich ganz deutlich. Ich halte diesen Antrag, auch was den Ruf der Beamtenfachhochschule anbelangt, für kontraproduktiv.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich werde das noch genau begründen. Aber zunächst zu den Tatsachen.

Im Münchner Rathaus hat es einen Beschluss gegeben. Dieser Beschluss, Herr König und Herr Hacker, war einstimmig.

(Isabell Zacharias (SPD): Genau! Mit den Stimmen der CSU!)

Er wurde also mit den Stimmen der CSU und mit den Stimmen der Rest-FDP gefasst.

(Thomas Hacker (FDP): Aber damit war nicht gemeint, die Plätze von Hof abziehen!)

– Er war einstimmig. Man wollte den jungen Menschen einen Abschluss als Bachelor of Law ermöglichen, den es leider in Hof nicht gibt. Da muss man auch einmal fragen, warum es ihn in Hof bislang nicht gibt. Das alles ist "dramatisch". Sie haben es selber gesagt. Es geht um 20 Studierende, die jetzt eventuell in München bleiben würden. Ob Sie sonst nach Hof gekommen wären, weiß man nicht. Dass deswegen dieser Aufschrei gemacht wird, versteht keiner.

Für mich ist das nur dem Wahlkampf zu verdanken. Herr Fichtner, der Oberbürgermeister in Hof, ist natürlich auch CSU-Mitglied. Er macht emotionalen Wahlkampf für die CSU. Das ist so durchsichtig, dass wir diesem Antrag, der in die gleiche Richtung geht, nicht zustimmen können.

Was wollen Sie mit dem Antrag vermitteln? Sie wollen den Eindruck vermitteln, dass Ude sich nur auf München konzentriert.

(Zurufe von der CSU: Macht er doch!)

- Augenblick bitte, lassen Sie mich ausreden. Dass sich Ude nur auf München konzentriert und sich nicht um das restliche Bayern kümmert, ist richtig, weil er sich als Münchner Oberbürgermeister um München kümmern muss. Der Nürnberger Oberbür-

germeister kümmert sich auch in erster Linie um Nürnberg. Eines kann ich Ihnen aber versprechen: Ude wird sich als Ministerpräsident besser um Bayern kümmern, als es die CSU bisher gemacht hat.

(Beifall bei der SPD - Karl Freller (CSU): Er kann sich dann ums Erzgebirge kümmern!)

Genau das möchte ich sagen: Warum kommt denn der Antrag? Sie möchten nur von Ihren eigenen Versäumnissen in der Landesentwicklung ablenken. Genau deswegen kommt der Antrag.

(Thomas Hacker (FDP): Jetzt kommt das Kabarett!)

Ich möchte nur einige Beispiele dafür nennen, wo Sie in der Landesentwicklung versagt haben.

(Alexander König (CSU): Sprechen Sie doch zum Thema, um das es geht!)

Erstens. Oberfranken verliert nach wie vor an Bevölkerung. Oberbayern nimmt an Bevölkerung zu. Das hat dazu geführt, dass wir weniger Abgeordnete nach München schicken, weil wir einen Wahlkreis verloren haben.

(Thomas Hacker (FDP): Ein CSU-Abgeordneter weniger, Herr Rabenstein, das kann Ihnen doch egal sein!)

Bezeichnend ist, dass der Wahlkreis, den Oberbayern zusätzlich bekommt, von Herrn Seehofer besetzt wird. Das ist ganz toll! Hervorragend!

(Alexander König (CSU): Billiger geht es wirklich nicht!)

- Das sind Tatsachen.

Das zweite Beispiel ist die Breitbandversorgung. Die großen Städte wie München und Nürnberg sind gut versorgt. Wir haben aber riesige Probleme auf dem flachen Land

und auch in Oberfranken. Auch das wissen die oberfränkischen Abgeordneten. Wir sind mit den Bürgermeistern ständig zusammen. Auch das wissen Sie genau.

Mit dem dritten Beispiel möchte ich wieder Hof ansprechen. Ich komme direkt zu Hof. Warum – das frage ich die CSU und die FDP – hat der zuständige Finanzminister nicht auf den Rückgang der Studierendenzahlen reagiert? Dieser Rückgang hat schon in den letzten Jahren stattgefunden, Herr König. Da gab es von München überhaupt noch keine Ankündigung.

(Alexander König (CSU): Da kamen auch schon weniger aus München! Schauen Sie es sich doch an! Sie reden über Dinge, von denen Sie keine Ahnung haben!)

Warum haben Sie darauf nicht reagiert? Warum haben Sie gerade in Hof den Studiengang "Bachelor of Law" nicht forciert? Damit hätten Sie diese Entwicklung vermeiden können. Dazu noch eine Zahl: Mittlerweile gibt es an 50 deutschen Hochschulstandorten den Studiengang "Bachelor of Law", den man jetzt in München einrichtet. Warum haben Sie versäumt, diesen Studiengang rechtzeitig in Hof einzurichten? Dazu hätten Sie Anträge stellen können. Das wäre besser gewesen, als heute zu polemisieren. Das wären die richtigen Antworten gewesen, aber nicht dieser Antrag, in dem es heißt:

Ein solches Vorhaben

- gemeint ist der Verlust von 20 Studierenden -

konterkariert strukturpolitische Leitentscheidungen und schwächt den ländlichen Raum.

Da muss ich lachen. 20 Studierende weniger in Hof, und dadurch wird der ländliche Raum geschwächt. Da hätten Sie vorher andere Akzente setzen können. Allein aus dem Grund lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Einen kleinen Moment noch bitte, Herr Kollege, da sich Herr Kollege Hacker gerade zu einer Zwischenbemerkung gemeldet hat, zu der ich ihm jetzt das Wort gebe.

Thomas Hacker (FDP): Lieber Kollege Rabenstein, ist Ihnen bekannt, dass Oberfranken ab 2011 wieder einen positiven Zuwanderungssaldo hat? Das heißt, dass seit diesem Jahr wieder mehr Menschen nach Oberfranken ziehen, als Menschen wegziehen. Den Sterbeüberhang können wir damit noch nicht ausgleichen. Der positive Trend ist aber festzuhalten und, wie ich meine, auch zu würdigen.

Ist Ihnen bekannt, dass der Beschluss im Stadtrat der Landeshauptstadt München in öffentlicher Sitzung nach der Sitzungsunterlage den Inhalt hatte, eine Kooperation mit einer Hochschule einzugehen, um ein Studium im Studiengang "Bachelor of Law" mit dem Schwerpunkt öffentliches Recht anzubieten? Ist Ihnen bekannt, dass nie und nimmer darüber diskutiert wurde, eine Region auszusparen oder das Studium in München oder in Oberbayern anzubieten? Was halten Sie schließlich von der Anregung Ihres Landtagskandidatenkollegen und Bürgermeisters der Stadt Selbitz, Klaus Adelt, der sagt: Der Ude soll doch einmal nach Oberfranken kommen, dann kann er das Land, das er regieren will, besser kennenlernen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Dr. Rabenstein zur Erwiderung bitte.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Zum Ersten: Der Trend geht natürlich weiter, auch wenn wir ihn etwas gestoppt haben, weil wir seit vielen Jahren auf dieses Problem hinweisen.

(Alexander König (CSU): Weil Sie es schlechtreden!)

- Nein, so ist es eben nicht. Sie kennen meine Anträge zur Demografie in Oberfranken. Diese Anträge, bei denen es um die Modellregion gegangen ist, sind hier sogar einstimmig angenommen worden. Wir machen seit Jahren etwas. Natürlich sind Ver-

besserungen eingetreten, aber der Trend bei der demografischen Entwicklung ist noch nicht aufgehalten worden.

Natürlich versucht die Stadt München, Kooperationen mit Fachhochschulen einzugehen. Die Stadt München wird dazu aber nicht nach Hof gehen. Sie wird versuchen, das in München zu machen. Das ist eine klare Sache.

(Thomas Hacker (FDP): Man kann es aber auch in Hof machen!)

Einstimmig ist das im Münchner Rathaus, also auch mit Ihren Kollegen von der FDP, so beschlossen worden. Sie kennen den Beschluss. Ich kenne ihn auch.

Zum Hinweis auf den Kollegen Adelt, der bald auch hier im Landtag sitzen wird: Er hat heute seine Aussage revidiert und es anders ausgedrückt, weil er falsche Informationen hatte. Lesen Sie einmal die "Frankenpost" von heute. Dort steht es ganz anders. Da sind Sie mit diesen Informationen im wahrsten Sinne des Wortes von vorgestern. Christian Ude war des Öfteren in Oberfranken. Er kennt sich in Oberfranken gut aus, und er wird auch ein starker Ministerpräsident für Oberfranken sein. Davon bin ich überzeugt.

(Alexander König (CSU): Den Eindruck macht er nicht! Das glaubt außer Ihnen keiner!)

Einigen von euch wird das Lachen am 15. September noch vergehen.

(Beifall bei der SPD - Karl Freller (CSU): Ude im Erzgebirge!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die Uhr tickt unermüdlich herunter. Wir haben noch drei Minuten bis zu einer möglichen Abstimmung, aber auch noch zwei Wortmeldungen. Peter Meyer von den FREIEN WÄHLERN hat als Nächster das Wort.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Pulverdampf des Wahlkampfs ist unübersehbar, der Kanonendonner ist nicht zu überhören. Dem Antrag der CSU stimmen wir zu.

(Eberhard Sinner (CSU): Jawohl! - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Lieber Kollege Hacker, die Zuwanderung nach Oberfranken könnte man viel differenzierter darstellen. Das Zuwanderungsplus in Oberfranken müssen wir noch nachprüfen. Kamen die meisten nach Oberfranken West oder Oberfranken Ost? Ich glaube - ich habe die Zahlen nicht im Kopf -, dass im Raum Hof und Wunsiedel keine Zunahme der Zuwanderung zu verzeichnen ist. Man muss schon alles richtig sehen.

Meine Damen und Herren, es steht völlig außer Frage, dass wir uns zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege bekennen. Das gilt vor allem auch für den Fachbereich "Allgemeine Innere Verwaltung" am Standort Hof. In der Tat gibt es einen gewissen Zungenschlag - -

(Unruhe)

Herr Präsident, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Glocke des Präsidenten)

- Danke.

(Abg. Eberhard Sinner (CSU) zeigt die blaue Stimmkarte)

- Herr Kollege, es ist schön, dass Sie mir nicht die rote Karte zeigen, sondern die blaue, denn dann kann ich mit Ihrer Erlaubnis beruhigt weiterreden.

Meine Damen und Herren, mangelnde Geografiekenntnisse in manchen Bemerkungen sind natürlich für unsere Region verletzend. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir damit sehr viel Erfahrung haben. Ich bin jetzt 50 Jahre alt und damit groß geworden, dass alle möglichen Institutionen über nordbayerische und vor allem oberfränkische Standorte sehr schlecht informiert waren. Das ist nichts Neues.

(Alexander König (CSU): Aber auch keine Rechtfertigung!)

- Aber auch nicht der große Brüller, Kollege König.

Natürlich ist der Standort Hof nicht zuletzt aufgrund strukturpolitischer Entscheidungen aus früheren - -

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

- Herr Kollege Winter, Sie werden mir mein Rederecht doch nicht beschneiden wollen, oder?

(Peter Winter (CSU): Ich rede doch gar nicht mit Ihnen!)

- Ach so. - Eine Infragestellung des Standorts Hof, egal durch wen, sei es durch die fehlende Zuführung von Studenten, durch eine Kommune oder durch irgendeine andere staatliche Entscheidung, wäre extrem falsch. In diesem Punkt stimme ich Ihnen allen zu. Ich bin der Meinung, auch wenn es im Augenblick nur 20 Studenten der Stadt München sein sollten, wäre das ein Anfang,

(Alexander König (CSU): So ist es!)

und dann kommt als nächste die Stadt Nürnberg und als übernächste die Stadt Würzburg, und dann ist da ein Dammbruch. Das kann schon passieren. Wir sollten deshalb vorsichtig sein und an die Solidarität der kommunalen Familie appellieren. Die Kommunen sollten hier auch ihren Beitrag leisten und die Studenten gemeinsam mit dem Staat dort ausbilden lassen, wo das schon lange gemacht wird und wo es auch Sinn hat.

Mein Damen und Herren, die Lage Hof's ist allerdings mehr als ein Standortvorteil. Zahlreiche Beamte aus Franken, Thüringen und Sachsen, also sozusagen aus dem einen Erzgebirge und aus dem anderen Erzgebirge, werden dort für München rekrutiert.

(Eberhard Sinner (CSU): Und aus Mykonos sind auch welche dabei! - Heiterkeit bei der CSU)

Nebenbei kann die Vermittlung von Landeskunde sowieso nicht schaden. Da werden nämlich viele der Gattung Homo Urbanicus erkennen, dass die Nähe zu Tschechien in Bayern ein sehr großer Raum ist und dass außerdem in Oberfranken nach wie vor die meisten Brauereien, die meisten Bäckereien und die meisten Metzgereien bezogen auf die Bevölkerung stehen. Sie werden feststellen, dass das Bier dort günstiger zu haben ist als in München.

(Inge Aures (SPD): Und besser schmeckt! - Alexander König (CSU): Ganz einfach besser ist!)

Oberfranken ist also durchaus lebenswert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um jetzt einmal zu Inhalten zu kommen - -

(Lachen bei der CSU - Unruhe – Glocke des Präsidenten - Eberhard Sinner (CSU): Wir haben doch noch eine Abstimmung!)

- Ja, aber ich glaube, zur Abstimmung kommen wir heute sowieso nicht mehr, Herr Kollege.

(Inge Aures (SPD): Peter, red weiter, lass Dich nicht stören!)

Man darf die Strukturpolitik aber nicht nur als Alibi für die Hochschule in Hof nehmen. Es sind vielmehr die Inhalte. Die Hochschule insgesamt hat ebenso wie der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung in Hof hohe Reputation und ein sehr hohes Niveau bei der Fachausbildung für den gesamten öffentlichen Dienst in Bayern. Das müssen wir beibehalten. Die Hochschule in Hof, und da zitiere ich jetzt den Beamtenbund, "bietet seit drei Jahrzehnten passgenaue Fachausbildung ausgerichtet auf die Anforderungen und Bedürfnisse von staatlicher und kommunaler Verwaltung". Deswegen kann auch ich der Stadt München nur dringend empfehlen, diese hohe Qualität weiter zu nutzen.

Die Landeshauptstadt München hat aufgrund ihrer Personalstärke und der Größe ihrer Verwaltung sowie der daraus resultierenden Anzahl von Verwaltungsvorgängen jeden Tag in so gut wie allen Rechtsfragen etwas zu tun, was nicht bei jeder kleineren oder kleinen Kommune der Fall ist. Die Stadt München hat hier deshalb eine gewisse Leitfunktion innerhalb der kommunalen Verwaltung. Sie verfügt selbstverständlich über eine große Erfahrung. Man kann die staatliche Erfahrung und die kommunale Erfahrung auch zusammenlegen.

Umso begrüßenswerter wäre es, wenn die Landeshauptstadt München überzeugt werden könnte, die Kompetenz der Fachhochschule in Hof auch weiterhin zu nutzen. Daran, meine Damen und Herren, und das ist mir jetzt wichtig, kommt die Stadt München in der nächsten Zeit aber auch nicht vorbei. Völlig zu Recht hat der Leiter des Fachbereichs in Hof den Presseberichten zufolge erklärt, es kommt gar nicht darauf an, ob "Bachelor" oder "Diplom" auf der Abschlussurkunde steht, entscheidend ist doch, meine Damen und Herren, dass die Schule in Hof die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den Verwaltungsdienst dieser dritten Qualifizierungsebene – früherer gehobener Dienst – vermittelt. Die Inhalte und die Anforderungen müssen für diese 3. QE geboten werden. Die Studiengänge, ob sie nun "Bachelor of Law" oder wie auch immer heißen, müssen das leisten können, und davon sind wir im Moment, so denke ich, noch entfernt. In Bayern ist noch nichts dergleichen anerkannt.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf das Neue Dienstrecht in Bayern bin ich sehr froh, dass wir hier die Zuständigkeit des Landespersonalausschusses beibehalten haben, um die Qualität zu wahren. Vergessen Sie bitte nicht, wir alle waren es, die wir hier in diesem Haus beim Neuen Dienstrecht die Möglichkeiten zum Zugang in den Beamtendienst erweitert haben - alle, auch Sie von der CSU. Das Problem besteht doch darin, dass die Stadt München nun diese Möglichkeiten nutzen möchte, die das Neue Dienstrecht zweifellos bietet, also mehr Flexibilität. Soweit ich mich noch an die Expertenanhörung zum Neuen Dienstrecht erinnern kann, wollte die Stadt München noch viel weitgehendere Befugnisse haben. Ich sage es deshalb noch einmal: Ich bin

wirklich froh, dass wir uns in letzter Sekunde darauf geeinigt haben, dass der Landespersonalausschuss ein Auge darauf werfen kann.

(Tobias Thalhammer (FDP): Denken Sie mal an die Redezeit!)

- Lieber Herr Kollege Thalhammer, ich habe mich noch nie eingemischt, wie lange Sie reden dürfen. Also, bitte.

(Natascha Kohnen (SPD): Er hat noch Redezeit!)

- Genau. Nun zum Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dem Antrag der GRÜNEN können wir zustimmen. Es ist nicht verkehrt, die Zusammenlegung der beiden Fachhochschulen zu prüfen und eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Ich bin allerdings auch vorsichtig, und deshalb kann ich Ihnen, Frau Kollegin Gote, nicht zustimmen. Wenn Sie der Beamtenfachhochschule das Alleinstellungsmerkmal der passgenauen Fachausbildung für die Verwaltung nehmen - und das könnte durch die Verschmelzung passieren -, dann geben Sie den ausschlaggebenden Grund für die Verwaltungsfachausbildung in der Beamtenfachhochschule auf. Ich bin deshalb hinsichtlich einer Zusammenlegung sehr vorsichtig.

Die Möglichkeit des Aufbaus einer europäisch ausgerichteten Verwaltungsuniversität ist eine gute Idee. Die Kooperation mit Tschechien bietet sich wegen der Nähe zu Tschechien natürlich auch an.

(Eberhard Sinner (CSU): Ist Ihnen bekannt, dass die Hochschule eine Kooperation mit Krakau hat?)

- Tschechien bietet sich aber auch an. Entscheidend ist, wer hier zu welchem Zweck ausgebildet werden kann. Im Gegensatz zu Krakau ist Tschechien deshalb interessanter, wenn man tschechische Kräfte ausbildet. Insofern werden wir uns auch diesem Prüfauftrag nicht verweigern.

Meine Damen und Herren, ich habe noch zehn Sekunden Redezeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, es bleiben noch fünf Sekunden stehen, falls Sie später noch eine Wortmeldung machen möchten. Sie haben es gemerkt, 18.30 Uhr ist vorbei. Damit kann ich die Abstimmung nicht mehr durchführen. Ich habe die Antworten auf meine Fragen bekommen: Die CSU-Fraktion wünscht die Abstimmung in namentlicher Form in der nächsten Plenarsitzung durchzuführen. Nach Rücksprache mit den GRÜNEN haben diese sich dem angeschlossen, sodass wir auch über deren Antrag dann abstimmen werden - nicht namentlich, aber im gleichen Zusammenhang, dann muss man die Debatte nicht auch noch einmal im Ausschuss führen.

Für heute haben wir noch Redezeit. Die Regeln sind klar. Wenn der Herr Staatssekretär die zehn Minuten überschreitet, bekommen alle Fraktionen neue Redezeit, nur so als Anregung. Wir haben noch genug Zeit, zu debattieren.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Rede des Herrn Kollegen Meyer kommt eine gewisse Lust in mir auf, die Redezeit voll auszuschöpfen und vielleicht sogar darüber hinaus zu gehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich will mir aber nicht den geballten Zorn des Hauses zuziehen, deshalb in aller Kürze: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind entsetzt über dieses Vorhaben und die Absicht, in München künftig eine eigene Ausbildung anzubieten. Das ist in keiner Weise nachvollziehbar.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun staunen Sie, Herr Meyer und liebe Kolleginnen und Kollegen von der anderen Seite. Ich bringe jetzt kein Zitat des Herrn Staatssekretärs, sondern das ist die wörtliche Aussage des Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes, Rolf Habermann, von heute: "Wenn Sie den Eindruck erwecken, in Hof wäre keine qualifizierte Ausbildung möglich, dann beleidigen Sie die gesamte Beamtenschaft im Freistaat Bayern."

Die zweite Bemerkung. In dieser Fachhochschule sind seit 1975 11.000 Absolventen ausgebildet worden. Sie sitzen in Landkreisen, Städten, Gemeinden und bei den Bezirken und sind von bester Qualität.

Die dritte Bemerkung. Die Ausbildung wird von haupt- und nebenamtlichen Dozenten durchgeführt. Für diese ist es eine Beleidigung, aus der Presse zu erfahren, dass das, was wir in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, nichts tauge.

Nein, meine Damen und Herren, Hof bürgt für Qualität. Hof hat eine exzellente Ausbildung für die bayerische Beamtenschaft gemacht. Das lassen wir uns von dem Münchner Oberbürgermeister nicht kaputt machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Eines werden wir uns gut merken, und man muss es den Menschen im Land erklären. Ude bedeutet Zentralismus, und zwar nicht nur hier. Mit Ude wird es keine Verlagerungen aus einer Metropolregion in ländliche Räume geben, sondern es wird zusammengelegt. Es wird von draußen in den Moloch München integriert.

Diese Staatsregierung von CSU und FDP geht einen anderen Weg. Sie sagt: Arbeit muss dorthin, wo die Menschen sind. Das haben wir in den letzten Jahren bewusst auch im Bereich des Staatsministeriums der Finanzen und in vielen anderen Institutionen verwirklicht. Wir haben Arbeitsplätze in die Region verlagert.

Ich weiß genau, dass Sie von der SPD das nicht gern hören: Das ist Modell Ude. Modell Ude war nie ländlicher Raum. Modell Ude wird nicht ländlicher Raum sein. Modell Ude bedeutet vielmehr: München, Stachus, Mittlerer Ring - und darüber hinaus geht

nichts. Deshalb werden wir uns mit Entschiedenheit dagegen aussprechen, dass sich hier Veränderungen ergeben.

Letzte Bemerkung. Es geht um etwas, was ich schon für einen Skandal halte. Die Landeshauptstadt München und ihr Personalmanagement machen nach meiner Ansicht ein miserables Personalmarketing; sonst hätte man dort entsprechende Bewerber. Das ist die erste Bemerkung hierzu. Sie haben ja schon Abwanderungsversuche mit Erding gemacht. Was hier jetzt erfolgt, ist eine logische Konsequenz.

Wir haben den Münchnern angeboten, ihren Bedürfnissen – beispielsweise betreffend EDV, Linux und vieles andere, wo es bei den Mitarbeitern gewisse Bedürfnisse und Wünsche gibt – nachzukommen. Aber es kommt nichts aus der Landeshauptstadt. Es kommt nur die blanke Verlagerungsabsicht.

Deshalb, meine Damen und Herren, die klare Ansage: Hof ist Qualität. Hof soll weiterhin Qualität für den Freistaat Bayern und seine Beamtenschaft schaffen. Wir werden alles tun, damit jeder im Freistaat Bayern, in Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie in Schwaben, Niederbayern und Oberpfalz erfährt, was es bedeutet, Ude zu wählen. Ude bedeutet keine Stärkung, sondern eine Schwächung des ländlichen Raums.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Debatte.

Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17331 von der CSU führen wir in namentlicher Form durch. Auch der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17351 der GRÜNEN wird in der nächsten Sitzung zur Abstimmung gestellt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/17332 bis 16/17336 sowie 16/17352 werden an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Die unerledigten Tagesordnungspunkte werden ebenfalls in der nächsten Plenarsitzung aufgerufen.

Für heute schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.
Bis zur nächsten Woche!

(Schluss: 18.44 Uhr)

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Christa Stewens, Alexander König, Ingrid Heckner, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen W. Heike, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Walter Nadler, Eduard Nöth, Heinrich Rudolf, Martin Schöffel** und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Karsten Klein und **Fraktion (FDP)**

Drs. 16/17331

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof – Nutzung zur Ausbildung von Nachwuchskräften durch die Landeshauptstadt München

Der Freistaat Bayern hat 1975 für die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten der Allgemeinen Inneren Verwaltung von Staat und Kommunen ein in der täglichen Praxis äußerst bewährtes Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, in Hof eingeführt.

Deshalb bedauert der Landtag die in der örtlichen und überörtlichen Tagespresse wiedergegebene Ankündigung der Landeshauptstadt München, dass Bewerberinnen und Bewerber eine eigene Ausbildung im Rahmen eines dualen Studiums in München angeboten werden soll. Ein solches Vorhaben konterkariert strukturpolitische Leitentscheidungen und schwächt den ländlichen Raum.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, bei der Stadt München darauf hinzuwirken, dass diese sich auch künftig zu einer Ausbildung ihrer Nachwuchskräfte an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, in Hof bekennt.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 8 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Christa Stewens, Alexander König, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP)

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof - Nutzung

zur Ausbildung von Nachwuchskräften durch die Landeshauptstadt München

(Drs. 16/17331)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,

Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europäischer Verwaltungscampus Hof (Drs. 16/17351)

Die Aussprache zu beiden Dringlichkeitsanträgen hat bereits im letzten Plenum am 20. Juni 2013 stattgefunden. Die Abstimmungen konnten aber nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden. Es wurde vereinbart, nur über den Antrag von CSU und FDP in der heutigen Plenarsitzung in namentlicher Form abzustimmen.

Auf Vorschlag der Verwaltung stimmen wir aber zuerst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und Fraktion betreffend Europäischer Verwaltungscampus Hof – Drucksache 16/17351 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind CSU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag von CSU und FDP auf Drucksache 16/17331. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.06 bis 20.11 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales zu ermitteln. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stewens, König, Heckner und anderer und Fraktion der CSU sowie der Abgeordneten Hacker, Dr. Fischer, Rohde, Klein und Fraktion der FDP betreffend "Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof – Nutzung zur Ausbildung von Nachwuchskräften durch die Landeshauptstadt München", Drucksache 16/17331, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 86 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 41 Abgeordnete; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.07.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christa Stewens, Alexander König, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde u. a. und Fraktion FDP; Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof - Nutzung zur Ausbildung von Nachwuchskräften durch die Landeshauptstadt München (Drucksache 16/17331)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			X
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine			
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dorow Alex	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Erben Reiner		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Goderbauer Gertraud	X		
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia	X		
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa			
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus			
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg			
Winter Peter			
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	86	41	1